

II-11274 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/29-Parl/90

Wien, 21. Mai 1990

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Rudolf PÖDER

Parlament
1017 Wien

52451AB
1990 -05- 28
zu 53091J

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 5309/J-NR/90, betreffend die Errichtung einer Expositur der Universitäts-Zahnklinik in St. Pölten, die die Abgeordneten Bayr und Genossen am 29. März 1990 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) und 2)

Aus einem Bericht des Krankenhauses St. Pölten, erstattet von Primarius Dr. Fischer, Leiter der Abteilung für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, ist zu entnehmen:

Im Rahmen des viersemestrigen Lehrganges in der Ausbildung zum Facharzt für Zahn- und Kieferheilkunde kann der Frequentant ca. 4 Monate eine Famulatur im Ambulatorium für Kieferchirurgie des Krankenhauses St. Pölten absolvieren.

Es könnten maximal 5 Frequentanten eine derartige Famulatur gleichzeitig durchführen.

Aus diesem Bericht ergibt sich, daß durch die Hinzunahme der theoretischen und praktischen Ausbildungsmöglichkeiten am Krankenhaus St. Pölten die Gesamtkapazität der Wiener Universitätszahnklinik nicht erhöht werden kann, da ein dislozierter Unterrichtsblock während eines Semesters keine Entlastung der anderen drei Semester mit sich bringt.

- 2 -

Der Regionalisierung im Sinne gezielter Bedachtnahme auf unterversorgte Gebiete ist durch das neuinstallierte Zulassungs- und Auswahlverfahren hinlänglich Rechnung getragen.

Wenn durch die Einbeziehung der Kieferchirurgischen Abteilung am Krankenhaus St. Pölten eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten der Universitätszahnklinik nicht bewirkt werden kann und die Wahl des Niederlassungsortes durch den fertigen Zahnarzt damit nicht bestimmt wird, können sich durch die theoretischen und praktischen Ausbildungsmöglichkeiten an der genannten St. Pöltener Abteilung Verbesserungen, vor allem in postgradualen Bereichen und in der fachspezifischen Weiterbildung, realisieren lassen.

Zur Erörterung des gesamten Fragenkomplexes wird mein Ministerium für 7.6.1990 eine Enquete einberufen und zu dieser die Vertreter der Universitätszahnklinik Wien, des Bundeskanzleramtes, Sektion Gesundheit, des Landes Niederösterreich und des Krankenhauses St. Pölten einladen.

Je nach den Ergebnissen dieser Enquete wird, soweit das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung integriert ist, weiter vorgegangen werden.

Der Bundesminister:

